

Übersetzung

Staatsanwaltschaft

**KOLLEGIUM  
DER  
GENERALPROKURATOREN**

**Brüssel, den 21. Juni 2012**

---

**RUNDSCHREIBEN Nr. COL 8/2012 DES KOLLEGIUMS DER  
GENERALPROKURATOREN BEI DEN APPELLATIONSHÖFEN**

---

Sehr geehrter Herr/geehrte Frau Generalprokurator,  
Sehr geehrter Herr Föderalprokurator,  
Sehr geehrter Herr/geehrte Frau Prokurator des Königs,  
Sehr geehrter Herr/geehrte Frau Arbeitsauditor,

**BETRIFFT: Alkohol-Wegfahrsperre**

|  |
|--|
| <p>Sekretariat des Kollegiums der Generalprokuratoren<br/>– Rue Ernest Allard 42 – 1000 Brüssel<br/>Tel: 02/500 86 01 – Fax: 02/500 86 13<br/>E-Mail: <a href="mailto:secr.colpg@just.fgov.be">secr.colpg@just.fgov.be</a></p> |
|--|

## **I.      NORMATIVER RAHMEN**

- Artikel 37/1, 51, 61*quinquies* und 61*sexies* des am 16. März 1968 koordinierten Gesetzes über die Straßenverkehrspolizei, so wie abgeändert durch das Gesetz vom 12. Juli 2009 was die Einführung von Alkohol-Wegfahrsperren betrifft, B.S. 15. September 2009, Ausg. 2.
- Königlicher Erlass vom 26. November 2010 über den Einbau der Alkohol-Wegfahrsperre und das Begleitprogramm und Bericht an den König, B.S. 9. Dezember 2010, Ausg. 2 err. B.S. 11. Februar 2011, add. B.S. 9. Juni 2011, Ausg. 2
- Königlicher Erlass vom 26. November 2010 über die technischen Merkmale der in Artikel 61*sexies* des Gesetzes vom 16. März 1968 über die Straßenverkehrspolizei erwähnten Alkohol-Wegfahrsperren, B.S. 9. Dezember 2010, Ausg. 2.
- Königlicher Erlass vom 26. November 2010 zur Abänderung des Königlichen Erlasses vom 23. März 1998 über den Führerschein und Bericht an den König, B.S. 9. Dezember 2010, Ausg. 2, ad. B.S. 9. Juni/2011, Ausg. 2.
- Ministerieller Erlass vom 26. November 2010 zur Abänderung des ministeriellen Erlasses vom 27. März 1998 zur Bestimmung der Muster der im Königlichen Erlass über den Führerschein vom 23. März 1998 erwähnten Dokumente.

## **II.     KONTEXT UND ZIELE DES RUNDSCHREIBENS**

### **Kontext**

Durch das Gesetz vom 12. Juli 2009 – in Kraft getreten am 1. Oktober 2010 – hat der Gesetzgeber das Spektrum an Maßnahmen, die der Richter bei Fahren unter Alkoholeinfluss verhängen kann, erweitert. In das Gesetz über die Straßenverkehrspolizei wurde ein neuer Artikel 37/1 über die Alkohol-Wegfahrsperre eingefügt. In diesem Rahmen ersetzt die Alkohol-Wegfahrsperre nicht die gerichtlichen Sanktionen wie Geldbußen, Gefängnisstrafen und den Entzug der Fahrerlaubnis, sondern sie bietet dem Richter die Möglichkeit, eine Kombination von Sanktionen auszusprechen, darunter die Beschränkung der Gültigkeit des Führerscheins auf Fahrzeuge, die mit einer Alkohol-Wegfahrsperre ausgerüstet sind, und insbesondere das Fahrverbot.

### **Ziel des Rundschreibens**

Das Ziel dieses Rundschreibens besteht darin, einen kohärenten Text aller Vorschriften in Bezug auf den Einsatz der Alkohol-Wegfahrsperre zu erstellen.

### **III. URSPRUNG DES RUNDSCHREIBENS**

Dieses Rundschreiben wurde im Rahmen des Kompetenznetzes „Straßenverkehr“ durch eine Arbeitsgruppe bestehend aus Magistraten der Staatsanwaltschaft, Vertretern der Dienststelle für Kriminalpolitik, des FÖD Mobilität und Transportwesen, des FÖD Finanzen und des IBSR (Belgisches Institut für die Verkehrssicherheit) verfasst.

### **IV. RICHTLINIEN**

#### **A. Artikel 37/1 des Gesetzes über die Straßenverkehrspolizei und die darin aufgenommenen Sanktionen**

##### **1. Gesetzliche Bedingungen**

Der neue Artikel 37/1 des Gesetzes über die Straßenverkehrspolizei bietet dem Richter die Möglichkeit, wenn er nicht die definitive Entziehung der Erlaubnis zum Führen eines Motorfahrzeugs ausspricht, die Gültigkeit des Führerscheins des Zuwiderhandelnden für einen Zeitraum von mindestens einem Jahr bis zu höchstens fünf Jahren oder für immer auf Motorfahrzeuge, die mit einer Alkohol-Wegfahrsperre ausgerüstet sind, zu beschränken, wenn er eine Verurteilung wegen eines oder mehrere der folgenden Verstöße ausspricht:

1) Verstöße gegen Artikel 34, §2 des Gesetzes über die Straßenverkehrspolizei:

a. Führen an einem öffentlichen Ort eines Fahrzeugs oder Begleitung eines Führers zu Schulungszwecken, während die Atemanalyse eine Alkoholkonzentration von mindestens 0,35 Milligramm pro Liter ausgeatmeter Alveolarluft oder die Blutanalyse eine Alkoholkonzentration von mindestens 0,8 Gramm pro Liter Blut aufweist,

b. Führen an einem öffentlichen Ort eines Fahrzeugs oder Begleitung eines Führers zu Schulungszwecken in der Zeit, für die es ihm infolge einer Alkoholkontrolle verboten worden ist,

c. Verweigerung des Atemtests oder der Atemanalyse oder Verweigerung, ohne rechtmäßigen Grund, der Blutprobe,

d. Nichtabgabe des Führerscheins oder Führen eines Fahrzeugs, wenn dies aufgrund einer Alkoholkontrolle zeitweilig verboten wurde.

2) Verstoß gegen Artikel 35 des Gesetzes über die Straßenverkehrspolizei in Bezug auf das Führen bei Trunkenheit.

3) Verstoß gegen Artikel 36: Rückfälligkeit wegen eines Verstoßes gegen die zwei vorgenannten Artikel.

Wenn die Gültigkeit des Führerscheins auf Motorfahrzeuge mit Alkohol-Wegfahrsperren beschränkt ist, muss der Verurteilte die folgenden fünf **Bedingungen** einhalten (Artikel 61<sup>quiquies</sup> des Gesetzes über die Straßenverkehrspolizei und Art. 3 K.E. 26/11/2010 über den Einbau der Alkohol-Wegfahrsperre und das Begleitprogramm):

- Teilnahme an einer **Schulung** und einem **Begleitprogramm** bei einer anerkannten Begleiteinrichtung;
- Besitz eines Führerscheins, auf dem der **festgelegte Code „112“** für das Fahren mit einer Alkohol-Wegfahrsperre angegeben ist. Dieser landesweite Code ermöglicht es den Polizeidiensten, zu überprüfen, ob der Fahrer dazu verurteilt wurde, mit einer Alkohol-Wegfahrsperre zu fahren;
- **Verpflichtung eine Alkohol-Wegfahrsperre** in jedes Kraftfahrzeug, das er während der Dauer der beschränkten Gültigkeit seines Führerscheins fahren möchte, einbauen zu lassen;
- **Herunterladen** in regelmäßigen Abständen des Datensatzes der Alkohol-Wegfahrsperre durch ein anerkanntes Dienstleistungszentrum;
- Erfüllen der anderen **Bedingungen** des **Begleitprogramms**, unter anderem das Nichtumgehen des Systems der Alkohol-Wegfahrsperre.

## 2. Sanktionen bei Nichteinhaltung

Der Führer, der verurteilt wurde wegen eines in Artikel 37/1, Abs. 1 des Gesetzes über die Straßenverkehrspolizei erwähnten Verstoßes und dessen Führerschein beschränkt wurde auf Fahrzeuge, die mit einer Alkohol-Wegfahrsperre ausgerüstet sind, und der ein Fahrzeug führt, das nicht mit einer Alkohol-Wegfahrsperre ausgerüstet ist, oder der als Führer nicht die Bedingungen des Begleitprogramms erfüllt, wird mit einer Gefängnisstrafe von einem Monat bis zu fünf Jahren und/oder mit einem Verbot zum Führen eines Kraftfahrzeugs für einen Zeitraum von einem Jahr bis zu höchstens fünf Jahren oder für immer belegt (Art. 37/1, Absatz 2 des Gesetzes über die Straßenverkehrspolizei).

Im Falle einer Verurteilung wegen Verstoßes gegen Artikel 37/1, Absatz 2 des Gesetzes über die Straßenverkehrspolizei kann der Richter außerdem Folgendes verhängen:

- Die zeitweilige Stilllegung des Fahrzeugs, insofern der Zuwiderhandelnde der Besitzer desselben ist oder er dieses für einen Zeitraum, der mindestens der Dauer der Stilllegung entspricht, zu seiner ausschließlichen Verfügung hat. Die Dauer dieser Stilllegung darf nicht länger sein als die Dauer des zeitweiligen Fahrverbots (Art. 51, 4. des Gesetzes über die Straßenverkehrspolizei).

- Die Einziehung des Fahrzeugs, wenn das Fahrverbot definitiv ist oder mindestens sechs Monate beträgt und das Fahrzeug Eigentum des Zuwiderhandelnden ist (Art. 51, 4. des Gesetzes über die Straßenverkehrspolizei).

### **3. Kosten**

Der verurteilte Fahrer trägt die Kosten für das Anbringen und den Gebrauch der Alkohol-Wegfahrsperre wie auch die Kosten für das Begleitprogramm.

Der Richter kann die Geldbuße um die gesamten beziehungsweise einen Teil der Kosten für den Einbau und den Gebrauch der Alkohol-Wegfahrsperre in einem Fahrzeug sowie um die Kosten des Begleitprogramms verringern, ohne dass diese Geldbuße jedoch weniger als einen Euro (erhöht um die Zuschlagzehntel) betragen darf.

Diese Verringerung hat keine Auswirkung auf die Zahlung der Gerichtskosten und den Beitrag zum Sonderhilfsfond für Opfer von vorsätzlichen Gewalttaten und Gelegenheitsretter.

In diesem Fall muss der Verurteilte im Prinzip erst die kompletten Kosten für den Einbau des Systems bezahlen, und der Behörde, die mit der Erhebung der Geldbuße beauftragt ist und die die Kosten – dem Urteil entsprechend - von der Geldbuße abzieht, dafür, binnen einer „angemessenen Frist“, den schriftlichen Beweis vorlegen.

Die Behörde beurteilt die „angemessene Frist“ und wird bei Überschreitung derselben die Geldbuße eintreiben (siehe Anlage).

## **B. Verfahren**

### **1. Staatsanwaltschaft**

Ehe die Staatsanwaltschaft die Beschränkung der Gültigkeit des Führerscheins des Zuwiderhandelnden auf Fahrzeuge, die mit Alkohol-Wegfahrsperre ausgerüstet sind, beantragt, überprüft sie, ob der Angeklagte alkoholabhängig ist oder beim Führen eines Motorfahrzeugs den Alkoholgenuss nicht unterlassen kann (Königlicher Erlass vom 23. März 1998 über den Führerschein, Anlage 6, IV, 2). In solch einem Fall ist eine derartige Maßnahme in der Tat unangepasst, da der Fahrer fahruntfähig ist und auch nicht fahren sollte.

Folglich beantragt die Staatsanwaltschaft die Entziehung der Fahrerlaubnis, die in Artikel 42 des Gesetzes über die Straßenverkehrspolizei vorgesehen ist.

Obschon der Gesetzgeber den Zuwiderhandelnden nicht dazu verpflichtet, dass er der Ausrüstung seines Fahrzeugs mit einer Alkohol-Wegfahrsperre zustimmt, erscheint diese Zustimmung unerlässlich, angesichts dessen, dass seine aktive Teilnahme an dem Begleitprogramm und die Übernahme der Kosten dieser Maßnahme erforderlich sind.

Nachdem die Verurteilung rechtskräftig geworden ist, lässt die Staatsanwaltschaft dem Verurteilten eine Benachrichtigung zukommen, die folgende Angaben enthalten muss:

1. Identifizierung des Verurteilten;
2. Dauer der Strafe;
3. Rechtsgrundlage für die Verurteilung;
4. die vollständige und aktualisierte Liste mit den anerkannten Begleiteinrichtungen und die Verpflichtung für den verurteilten Fahrer mit einer dieser Einrichtungen seiner Wahl Kontakt aufzunehmen (siehe Liste mit den anerkannten Begleiteinrichtungen auf der Webseite des FÖD Mobilität und Transportwesen: [www.mobilit.fgov.be](http://www.mobilit.fgov.be));
5. die Frist, über die der Betreffende verfügt, um die Alkohol-Wegfahrsperre einbauen zu lassen;
6. die vollständige und aktualisierte Liste mit den anerkannten Dienstleistungszentren, die befugt sind, eine Alkohol-Wegfahrsperre einzubauen (siehe Liste mit den anerkannten Dienstleistungszentren auf der Internetseite des FÖD Mobilität und Transportwesen: [www.mobilit.fgov.be](http://www.mobilit.fgov.be));
7. Anschrift und Öffnungszeiten der Kanzlei, wo der verurteilte Fahrer seinen Führerschein binnen der angegebenen Frist abgeben kann (Standardformular ist im Anhang).

Die beschränkte Gültigkeit des Führerscheins auf Fahrzeuge, die mit einer Alkohol-Wegfahrsperre ausgerüstet sind, beginnt am dreißigsten Tag nach dem Datum der Benachrichtigung.

Dies bedeutet Folgendes:

- ° besteht ein laufendes Fahrverbot für die Fahrzeugklasse, für die die Gültigkeit des Führerscheins auf mit Alkohol-Wegfahrsperre ausgerüstete Fahrzeuge begrenzt ist,
- ° verurteilt der Richter gleichzeitig und für dieselbe Fahrzeugklasse zu einem Fahrverbot für die Dauer von mindestens einem Monat,

schiebt die Staatsanwaltschaft die Benachrichtigung des Verurteilten bis zu einem Monat vor dem Verstreichen der Frist des Fahrverbots auf, so dass die beschränkte Gültigkeit des Führerscheins an dem Tag beginnt, wo der mit dem Fahrverbot belegte Führer seine Fahrerlaubnis wiedererlangt (siehe Artikel 73/1 des Königlichen Erlasses vom 23. März 1998 über den Führerschein).

Es ist also vorrangig, unter allen Umständen das Fahrverbot verbüßen zu lassen, ehe die Alkohol-Wegfahrsperre auferlegt wird.

Es ist ebenfalls unbedingt erforderlich, die Kombination von Beschränkung der Gültigkeit des Führerscheins auf ein Kraftfahrzeug mit einem Fahrverbot für ein Kraftfahrzeug derselben Fahrzeugklasse an Wochenenden und Feiertagen zu vermeiden.

Die Staatsanwaltschaft schickt dem Verurteilten die Benachrichtigung sowie eine Abschrift derselben. Diese Abschrift muss der Begleiteinrichtung bei dem einleitenden Begleitgespräch vorgelegt werden.

Die Staatsanwaltschaft schickt eine **Abschrift der Benachrichtigung** an den Bürgermeister der Gemeinde, in der der Verurteilte gemeldet oder im Bevölkerungs-, Fremden- beziehungsweise Warteregister eingetragen ist, und an den Föderalen Öffentlichen Dienst Mobilität und Transportwesen, Generaldirektion Mobilität und Verkehrssicherheit, Rue du Progrès 56, 1210 Brüssel.

## **2. Verurteilte**

### **a. Teilnahme an einer Schulung**

Nachdem der verurteilte Fahrer die Benachrichtigung von der Staatsanwaltschaft erhalten hat, lässt er der Kanzlei des Gerichtes, das die Entscheidung gefällt hat, binnen einer Frist von 30 Tagen, seinen Führerschein zukommen. Diese Frist von 30 Tagen beginnt mit der Benachrichtigung durch die Staatsanwaltschaft oder ab dem Datum, an dem der Fahrer seine Fahrerlaubnis wiedererlangt. Der Greffier händigt dem Verurteilten eine Bescheinigung aus, auf deren Grundlage die Gemeinde einen Führerschein ausstellt, auf dem neben den entsprechenden Fahrzeugklassen der landesweite Code „112“ eingetragen wird.

- Der Betreffende nimmt unverzüglich Kontakt mit einer anerkannten Begleiteinrichtung seiner Wahl auf, dies im Hinblick auf ein einleitendes Begleitgespräch, das innerhalb von 14 Tagen stattfindet.

In diesem Gespräch erteilt die Begleiteinrichtung dem verurteilten Fahrer Informationen über den Ablauf des Begleitprogramms, insbesondere über den Einbau des Gerätes, die Kosten, die Anbringung eines Codes im Führerschein, die Schulung, das Herunterladen der Daten, die persönliche Begleitung, die Strafe bei Nichteinhaltung der Bedingungen des Begleitprogramms und die Folgen bei einer Umgehung der Alkohol-Wegfahrsperre.

Im Anschluss daran nimmt die betreffende Person an Schulungen teil.

Eine erste Schulung, die gleichzeitig mit dem einleitenden Begleitgespräch über die Anwendungsmodalitäten der Alkohol-Wegfahrsperre in der Begleiteinrichtung erfolgt, hat die Risiken und die Folgen von Fahren unter Alkoholeinfluss und den Auf- und Abbau von Alkohol in der Atemluft zum Thema.

Eine zweite Schulung, die zwischen dem vierten und dem achten Monat nach Einbau des Gerätes erfolgt, über die Erfahrungen mit dem Gebrauch des Gerätes, das Trennen von Fahren und Trinken und die Absichten und Strategien des Betreffenden, um auch nach Entfernen des Gerätes Fahren und Trinken voneinander zu trennen.

Im ersten Jahr der Verurteilung bewertet die Begleiteinrichtung alle zwei Monate - und anschließend alle sechs Monate – anhand der registrierten Daten die Art und Weise, wie der Betreffende an dem Programm teilnimmt.

Die Frist von 14 Tagen zum Abhalten des einleitenden Begleitgesprächs kann verlängert werden, wenn der Richter gleichzeitig und für dieselbe Fahrzeugklasse ein mindestens einmonatiges Fahrverbot verhängt, vorausgesetzt das Gespräch findet statt, ehe der mit dem Fahrverbot belegte Fahrer seine Fahrerlaubnis wiedererlangt (Artikel 5 des Königlichen Erlasses vom 26. November 2010 über das Anbringen einer Alkohol-Wegfahrsperre und das Begleitprogramm).

#### b. Anbringen der Alkohol-Wegfahrsperre

Innerhalb von dreißig Tagen nach Benachrichtigung durch die Staatsanwaltschaft lässt der verurteilte Fahrer von einem anerkannten Dienstleistungszentrum in jedes Fahrzeug, das er während des Zeitraums, in dem die Gültigkeit seines Führerscheins auf mit Alkohol-Wegfahrsperre ausgerüstete Kraftfahrzeuge beschränkt ist, eine Alkohol-Wegfahrsperre einbauen.

Wenn der Richter gleichzeitig und für dieselbe Fahrzeugklasse ein Verbot zum Führen eines Kraftfahrzeugs von mindestens einem Monat verhängt, kann die im vorangehenden Absatz genannte 30-tägige Frist verlängert werden, vorausgesetzt die Verpflichtungen werden erfüllt, ehe der mit dem Fahrverbot belegte Fahrer seine Fahrerlaubnis wiedererlangt (Artikel 7 des vorgenannten Königlichen Erlasses vom 26. November 2010).

Der Verurteilte ist dazu verpflichtet mit seinem mit Alkohol-Wegfahrsperre ausgerüsteten Fahrzeug bei dem Dienstleistungszentrum vorstellig zu werden, damit dieses in regelmäßigen Zeitabständen die Daten der Speichereinheit der Alkohol-Wegfahrsperre herunterladen kann und unmittelbar an die Begleiteinrichtung zur Auswertung weiterleitet.

Wenn das Dienstleistungszentrum vermutet, dass der Verurteilte versucht, das System der Alkohol-Wegfahrsperre zu umgehen, insbesondere wenn dieser das Gerät geöffnet, abgeklemmt oder beschädigt hat, meldet sie dies der Begleiteinrichtung schriftlich binnen 7 Tagen.

c. Für den gesamten Zeitraum seiner Strafe und als Alternative zur Anbringung einer Alkohol-Wegfahrsperre kann der Verurteilte auch darauf verzichten, überhaupt ein Fahrzeug zu fahren. Möchte er jedoch ein oder mehrere Fahrzeuge fahren, dann müssen diese alle mit einer Alkohol-Wegfahrsperre ausgerüstet sein.

### **3. Nichteinhaltung der Bedingungen**

Bei Nichteinhaltung der Auflagen des Begleitprogramms, aber auch anderer Bedingungen (wie beispielsweise das Nichtzahlen der Kosten, das Nichterscheinen zu den Begleitgesprächen oder zur Schulung), setzt die Begleiteinrichtung die Staatsanwaltschaft davon schriftlich und ausführlich in Kenntnis.

Die Staatsanwaltschaft beurteilt, ob ausreichend Elemente vorliegen, um den Verurteilten erneut vor das Gericht zu zitieren, das im Rahmen der in Artikel 37/1, Absatz 2 des Gesetzes über den Straßenverkehr erwähnte Sanktion zuständig ist.



#### **4. Ende der Maßnahme**

Am Ende des Zeitraums, für den der Richter die Gültigkeit des Führerscheins auf Fahrzeuge beschränkt hat, die mit einer Alkohol-Wegfahrsperre ausgerüstet sind, gibt der Greffier den Führerschein zurück. Der Führerschein, in dem der Code „112“ angebracht ist, muss dem Greffier ausgehändigt werden, der diesen der in Artikel 7 des Königlichen Erlasses über den Führerschein vom 23. März 1998 erwähnten Behörde schickt (Art. 73/1 und 73/2 des Königlichen Erlasses vom 23. März 1998 über den Führerschein).

#### **V. INKRAFTTRETEN**

Das vorliegende Rundschreiben gilt mit sofortiger Wirkung.

#### **VI. AUSWERTUNG**

Dieses Rundschreiben wird in regelmäßigen Zeitabständen vom Kollegium der Generalprokuratoren in Zusammenarbeit mit dem Dienst für Kriminalpolitik ausgewertet werden.

Des Weiteren ist der Generalprokurator des Amtsbereiches über alle Schwierigkeiten, die bei der Umsetzung dieser Richtlinien sowie des Gesetzes und der Verordnungsbestimmungen aufgetreten sind, schriftlich zu informieren.

Brüssel, den 21. Juni 2012

Der Generalprokurator beim Appellationshof in Brüssel, Vorsitzender des  
Kollegiums der Generalprokuratoren

Marc de le COURT

Der Generalprokurator beim Appellationshof in Mons

Claude MICHAUX

Der Generalprokurator beim Appellationshof in Antwerpen

Yves LIEGEOIS

Der Generalprokurator beim Appellationshof in Gent

Anita HARREWYN

Der Generalprokurator beim Appellationshof in Lüttich

Christian DE VALKENEER